

positiven Reaktion des Privatsektors auf Investitionsbedingungen ab, die sich auf internationale Wettbewerbsfähigkeit, langfristige makroökonomische Stabilität sowie funktionierende Märkte ohne Verzerrungen zubewegen." ³

Ende Januar 1994 hat die Regierung sich mit einer IWF-Delegation auf ein neues Abkommen geeinigt. Da die Vereinbarung frühestens nach einem weiteren Monat endgültig ausgearbeitet sein wird, sind die genauen Abmachungen noch nicht bekannt. Fragmentarische Berichte von den Verhandlungen deuten jedoch darauf hin, daß die Regierung sich auf fiskalische und monetäre Beschränkungen eingelassen hat, die das Wachstum des Bruttosozialproduktes auf vier bis viereinhalb Prozent begrenzen würden. Das ist nicht annähernd genug, um die Wirtschaft nach dreijähriger Rezession auf Erholungskurs zu bringen.

Die politische Auswirkung des Abkommens war sofort zu spüren. Unter dem Druck des IWF, das Defizit der öffentlichen Hand zu beschränken, hob die Regierung Anfang Februar 1994 die Treibstoffpreise an, um den defizitären Ölpreisstabilisierungsfonds wieder aufzufüllen. Wenige Tage danach nahm der öffentliche Widerstand gegen die Preiserhöhung Gestalt an in der Rollback-Koalition, einer außerordentlich breiten

Gruppierung aus Gewerkschaften und Bauernorganisationen, der Linken in ihren verschiedenen gegenwärtigen Abwandlungen, einigen Bereichen der Unternehmerschaft, Kirchengruppen und sogar früheren Militärrebellten. Als die Stadtguerilla sich mit Bomben auf Büros von Ölfirmen in die Auseinandersetzung einschaltete und die Rollback-Koalition mit Generalstreik drohte, trat die Regierung den Rückzug an. Sie hatte ihre erste Lektion in der intimen Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und politischer Opposition gelernt.

Joel Rocamora

Der Verfasser war Direktor des Transnational Institute in Amsterdam und ist z.Zt. Berater philippinischer Nichtregierungsorganisationen. Übersetzung aus dem Englischen von Gebhard Körte. Der Beitrag erscheint gleichzeitig im Philippinen Forum Nr. 35/94.

Anmerkung:

- 1) Fidel V. Ramos, *State of the Nation*, 26. Juli 1993, hrsg. v. Office of the Press Secretary, S. 4
- 2) *Medium Term Philippine Development Plan*, Table 1.6: *Consolidated Public Sector Deficit 1993-98*
- 3) *Jude Esguerra, Why the MTPDP Targets Cannot be Met*, S. 11

Heft März '94

philippinen forum



Industrielle Entwicklung

"Philippines 2000": Traum oder Alptraum vom Schwellenland?
außerdem:

- Chinesische Minderheit
- Seeleute-Export
- Bonns Philippinenkonzept

Schwerpunkte vergangener Hefte:

März '93:	Tourismus
Juli '93:	Menschenrechte
Sept. '93:	Solidaritätsarbeit
Dez. '93:	Religion und Kirchen

erscheint vierteljährlich, Umfang 52 Seiten
Einzelheft DM 6,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-
(incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-

philippinenbüro

Postfach 250408, 50520 Köln
Tel.: 0221-324506 Fax: 0221-326846

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Schwere Vorwürfe gegen Hoechst

Aufgrund persönlicher Verbindungen einer ihrer Anwälte zu einem Richter hätten philippinische Tochterfirmen des deutschen Hoechst-Konzerns Gerichtsentscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen können. Den klagefreudigen Konzerntöchtern sei es so gelungen, Verbote einiger ihrer Produkte in den Philippinen zu verhindern. Dies behauptete der Journalist Howie G. Severino vom Philippinischen Zentrum für investigativen Journalismus Ende Januar in der führenden philippinischen Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer*. Laut Severino gebe es zwischen dem Hoechst-Anwalt Cesar Cruz und dem Richter des Bezirksgerichts von Makati, Julio Logarta, eine langjährige Verbindung. Cruz und Logarta waren in den 80er Jahren bei der Firma Marblecroft beschäftigt, die ebenfalls mit Hoechst verbunden ist. Seit 1992 habe Logarta jeden Versuch vereitelt, gerichtlich ein Verbot gefährlicher Hoechst-Pestizide durchzusetzen. Im Mai 1992 habe Lo-

garta sogar erwirkt, daß Hoechst noch größere Mengen umstrittener Pestizide importieren dürfe.

Von den Chemiefirmen, die von Pestizidverböten betroffen waren, zog nur Hoechst vor Gericht. Der Konzern habe mit seinen zahlreichen Klagen und Drohungen Regierungsbehörden und Kritiker massiv eingeschüchtert, sagte Severino. So sei es Hoechst auch gelungen, Verbote der Schmerzmittel Baralgin und Melubrin, die den Wirkstoff Dipyron enthalten, seit 1988 zu verhindern. Die beiden Medikamente sollten vom Markt genommen werden, weil sie das Immunsystem schwächen.

Zwei Hoechst-Manager wiesen in einem Brief an den *Inquirer* die Vorwürfe Severinos zurück. Die Produkte von Hoechst seien nicht gefährlich. Sie seien ordnungsgemäß registriert, und ihre Zulassung stütze sich auf aufwendige Studien.

Mittlerweile scheint das Verhalten von Hoechst auf den Konzern zurückzuschlagen.

Zuletzt hatte Richter Logarta am 1. Dezember 1993 das Verbot der Pestizide Brestan und Thiodan aufgehoben, das die Dünger- und Pestizidbehörde im September 1993 verhängt hatte. Der Fall, der eigentlich bei einer anderen Kammer anhängig war, landete aus unbekanntem Gründen bei Logarta. Mitte Dezember zog Generalstaatsanwalt Raul Goco gegen die Entscheidung von Logarta vor den Obersten Gerichtshof. Goco bezeichnete Logarta als "Freund" von Hoechst-Anwalt Cruz. Das oberste Gericht entschied Anfang Januar, Logarta den Fall zu entziehen und das Verbot bis zu einer endgültigen Entscheidung wieder in Kraft zu setzen. Aufgrund einer Übergangsbestimmung bis Ende Mai ist das Verbot allerdings ohnehin noch nicht wirksam.

Ende Dezember entzog die Dünger- und Pestizidbehörde Hoechst die Importlizenzen für Pestizide. Der Konzern hatte sich geweigert, der Behörde den Umfang seiner Thiodan-Lagerbestände mitzuteilen. Als die Behörde daraufhin die Pe-

stizidhändler direkt um Auskunft bat, sollen sie von Hoechst aufgefordert worden sein, das Ansinnen der Behörde zu ignorieren. Ein Hoechst-Sprecher bezeichnete den Konflikt inzwischen als "Mißverständnis". Hoechst hat unterdessen die Behörden über die Bestände informiert und daraufhin Anfang Februar die Lizenzen wieder erteilt bekommen. Die zuständige Behörde forderte Hoechst jedoch auf, die Werbung für Thiodan einzustellen.

Ende Januar haben die Behörden in Dumaguete City 10 kg des verbotenen Brestan beschlagnahmt, die offenbar aus Malaysia eingeschmuggelt worden waren. Das Brestan soll für einen Fischteich-Betrieb außerhalb der Stadt bestimmt gewesen sein. Berichte über geschmuggelte Pestizide verstärkten sich in den vergangenen Wochen. Die Behörden haben einen Sonderstab eingerichtet, der Schiffe in Cebu, Dumaguete und Tagbilaran überwacht.

vgl. *BW* 14.1, 27.1; *IPS* 18.12, 5.2; *MT* 18.12, 8.1; *PDI* 8.1, 24.1, 25.1, 29.1, 5.2, 6.2; *PNF* 22.12, 7.2; *Today* 14.1, 22.1.

Proteste gegen Ölpreiserhöhungen erfolgreich

Angeichts massiver Proteste hat Präsident Ramos am 8. Februar die kurz zuvor verfüigten Ölpreiserhöhungen zunächst ausgesetzt und am 23. Februar vollends zurückgenommen. Die Entscheidung gilt als Ramos' schwerste politische Niederlage in seiner 21monatigen Amtszeit.

Die Preise für Benzin, Diesel, Kerosin und Gas waren erst am 28. Januar um 1 Peso pro Liter (15 bis 22 Prozent) erhöht worden. Auch die Transport- und Elektrizitätspreise wurden um 30 bzw. 7

Prozent angehoben. Die Regierung begründete die Erhöhungen damit, daß der Fonds zur Ölpreisstabilisierung erschöpft sei. Dieser Fonds soll Schwankungen des Weltrohölpreises ausgleichen, wird jedoch immer wieder zur Finanzierung anderer Staatsausgaben mißbraucht. Die Regierung wollte mit der Ölpreiserhöhung etwa 400 Mio. US-Dollar pro Jahr einnehmen. Sie war seit langem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gefordert worden. Am 31. Januar hatte sich ein

breites Bündnis gegen die Ölpreiserhöhungen, die "Koalition Rollback" (KRB), formiert. Es kritisierte, daß die Preiserhöhungen vor allem die Armen treffen und einen Inflations-schub auslösen würden.

Inzwischen sind Gesetzesvorlagen erarbeitet worden, die neue Steuern und Ausgabenkürzungen vorsehen. Am 25. März soll der Kongreß über die Steuervorschläge entscheiden.

vgl. UPI/Reuter 7.2., 9.2., 23.2.; GL 16.2.; FEER 24.2., PG 18.2., 25.2.; PNF 7.2., 14.2.; UCAN 4.2.; BAYAN 11.2.

Einigung mit MNLF kommt voran

Regierungsunterhändler Manuel Yan und Nur Misuari, der Führer der muslimischen Moro National Liberation Front (MNLF), haben Ende Januar ein Dokument unterzeichnet, das Einzelheiten für einen Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und MNLF festlegt. Damit steigen die Chancen für eine friedliche Lösung des langjährigen be-

waffneten Konfliktes im Süden der Philippinen. Das 10seitige Papier bezieht sich auf ein dreizehn Provinzen umfassendes Gebiet in Mindanao und Palawan. Im November letzten Jahres hatten beide Seiten einen vorläufigen Waffenstillstand vereinbart. Eine Einigung über fundamentale Fragen konnte allerdings noch nicht erzielt werden. Aus Re-

gierungskreisen verlautete, sie sei zu einem neuen Referendum über die Frage der Autonomie bereit. Misuari könne eventuell dabei unterstützt werden, zum Führer der Autonomen Region zu werden. Eine Abmachung der Regierung mit der rivalisierenden Moro Islamic Liberation Front (MILF) steht ebenfalls noch aus.

vgl. PNF 24.1.; UPI 26.1.; Reuter 26.1., 30.1., 3.3.

Bombenanschläge in Davao

Sechs Gläubige starben bei einem Bombenanschlag auf einen Weihnachtsgottesdienst in der mit 5000 Personen vollbesetzten Kathedrale San Pedro in Davao City. 140 Menschen wurden verletzt. Tags darauf wurden bei einem mutmaßlichen Vergeltungsanschlag auf eine Moschee

zwei Granaten abgeschossen. Niemand wurde getroffen. Einen Tag später wurden bei Anschlägen auf zwei Moscheen sechs Personen verletzt. Die Gewaltakte werden als Versuche gewertet, die Friedensbemühungen zwischen der Regierung und der muslimischen Moro National

Liberation Front (MNLF) zum Scheitern zu bringen. Dies hat Befürchtungen vor einem Wiederaufflammen religiöser Konflikte ausgelöst. Ostern 1981 waren schon einmal bei einem Anschlag auf die San Pedro-Kathedrale 17 Personen getötet worden.

vgl. AP/UIP 29.12.; IPS 27.12., 5.1.; Reuter 31.12., 10.1.; DPA 11.1.; MC 30.12.; ND 16.-31.12., 1.-15.1.

Annäherung Malaysia-Philippinen

Malysias Premierminister Mahathir Mohamad hat vom 3. bis 6. Februar als erster Staatschef seines Landes die benachbarten Philippinen besucht. Die Beziehungen zwischen Manila und Kuala Lumpur waren in den letzten 31 Jahren aufgrund des philippinischen Anspruchs auf die rohstoffreiche malaysische Provinz Sabah stark belastet. Gegenüber Mahathir erklärte Präsident Ramos, seine Regierung werde den philippinischen Anspruch auf Sabah nicht aktiv verfolgen. Im Zentrum des Besuches standen wirtschaftliche Fragen.

Reuter 5.2., 6.2., 7.2.; UPI 6.2., 8.2.

Militär will Kampfflugzeuge

Das Militär will 18 bis 24 Abfangjäger sowie moderne Radarausrüstung erwerben. Dies teilte Generalstabschef Lisandro Abadia Ende Januar mit. Die Anschaffungen seien Teil eines Modernisierungsprogramms der gesamten Streitkräfte im Umfang von 9,6 Mrd. US-Dollar. Das Programm muß jedoch noch vom Kongreß genehmigt werden. Die USA und Belgien haben den Philippinen gebrauchte F-16 Kampfflugzeuge angeboten, während Frankreich dem Inselstaat Jets vom Typ Mirage verkaufen will.

vgl. UPI 25.1.

Neue Verhandlungen mit IWF

Am 16. März beginnt eine neue Verhandlungsrunde zwischen der Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Streckung von 1,6 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, deren Rückzahlung dieses Jahr fällig wird. Im Januar hatten sich beide Seiten weitgehend auf ein dreijähriges Wirtschaftsprogramm geeinigt, das Manila den Zugang zu neuen Krediten in Höhe von 650 Mio. Dollar ermöglichen soll. In einigen Punkten wie z.B. neuen Steuermaßnahmen konnte jedoch noch keine Einigung erzielt werden.

vgl. Reuter/DPA 26.1.; UPI 26.1., 2.3.

Kurzmeldungen

Zehntausend Opfern der Marcos-Diktatur stehen 1,2 Mrd. US-Dollar Schadensersatz zu. Dies entschied Ende Februar ein US-Gericht in Hawaii. Sie sollen aus dem Vermögen der Familie Marcos entschädigt werden und treten somit nun in Konkurrenz zur philippinischen Regierung, die ebenfalls Ansprüche darauf erhebt. (AP 23.2.; UPI 24.2.; PNF 28.2.)

Der deutsche Elektrokonzern **Siemens** hat von der privaten Philippine Long Distance Telephone Company (PLDT) einen **Großauftrag** im Wert von 230 Millionen DM erhalten. Siemens soll ein digitales Vermittlungssystem, Übertragungstechnik und Kabelnetze liefern. (DPA 10.2.)

Der **Jacinto-Konzern** will das **Stahlwerk Duisburg-Rheinhausen** vom Krupp-Hoesch Konzern kaufen und in Mindanao wieder aufbauen. Der Preis soll 1,21 Mrd. Mark betragen, ein Zehntel der ursprünglichen Baukosten. Die Verhandlungen mit der Jacinto-Gruppe befänden sich im Endstadium, erklärte Günter Bernhold, der Leiter des Krupp-Hoesch-Büros in Manila. Der Abbau des Werkes soll bereits Mitte des Jahres beginnen. Das Werk kann jährlich 130.000 Tonnen Stahl produzieren. (IPS 17.2.)

Die Weltbank hat Anfang Februar einem **Kreditpaket** von 211 Mio. US-Dollar für **geothermische Kraftwerke** in Cebu und Leyte zugestimmt. Die Gesamtkosten der Kraftwerke sollen 459 Mio. Dollar betragen. Das geothermische Potential der Philippinen wird auf 8000 Megawatt geschätzt, von denen zur Zeit 900 genutzt werden. Die Philippinen sind nach den USA der zweitgrößte Nutzer geothermischer Energie. (PNF 14.2.; UPI 7.2.)

Kurzmeldungen

Der 47jährige **Roberto de Ocampo** ist neuer **Finanzminister**. Er löst den geschäftsführenden Finanzminister **Ernesto Leung** ab. Der zum 1. Februar ernannte de Ocampo ist noch Vorstandsvorsitzender der staatlichen "Development Bank of the Philippines" sowie Vorsitzender des Koordinierungsrates des "Philippine Assistance Program". Zuvor war er u.a. bei der Weltbank beschäftigt. Roberto Ocampos Bestätigung durch den Kongreß steht noch aus. (SOAA Jan. 94)

1993 ist das **Handelsbilanzdefizit** um 35,4 Prozent auf **6,35 Mrd. US-Dollar** gestiegen, teilte das Nationale Statistikbüro Mitte Februar mit. Die Exporte stiegen um 14,7 Prozent auf 11,27 Mrd. Dollar, die Importe gleichzeitig jedoch um 21,4 Prozent auf 17,62 Mrd. (UPI 16.2., 4.2.)

Das **Bruttosozialprodukt** stieg 1993 um **2,3 Prozent**. Es war das größte Wachstum seit drei Jahren, lag aber 0,2 Prozent unter der von der Regierung revidierten Wachstumserwartung. 1992 lag das Wirtschaftswachstum unter 1 Prozent. Da die Bevölkerung um 2,16 Prozent zunahm, betrug das Pro-Kopf-Wachstum 1993 nur 0,12 Prozent. Für 1994 geht die Regierung von 4,5 Prozent Wachstum aus. (UPI 2.2.)

Die **Inflationsrate** war im Februar erstmals seit zwei Jahren **wieder zweistellig**. Nach Angaben des Nationalen Statistikbüros betrug sie 10,5 Prozent (Januar: 9,1; Dezember: 8,4). Der Behörde zufolge sind die von der Regierung Anfang Februar angeordneten (und später revidierten) Öl-, Strom- und Transportpreiserhöhungen für die gestiegene Inflation verantwortlich. (UPI 5.3., 4.2.)

Bonner Entwicklungshilfe

Mit 74,2 Mio. Mark will die Bundesregierung zur "nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen armer Bevölkerungsgruppen auf den Philippinen beitragen". Dies teilte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Anfang Dezember mit. Ein entsprechendes Abkommen wurde in Manila unterzeichnet. Rund 50 Mio. DM sind für die finanzielle Zusammenarbeit vorgesehen, davon 20 Mio. für den Ausbau der Trinkwasserversorgung in ländlichen Gebieten. Ein Kredit von 30 Mio. soll Verbesserungen des Energieleitungsnetzes finanzieren. Die 24,2 Mio. Mark der Technischen Zusammenarbeit sind für Projekte der ländlichen Entwicklung bestimmt. Außerdem wurde zwischen beiden Ländern eine Zusammenarbeit in der Berufsbildung vereinbart.

AFP/IPS 6.12.

Müllkippe Philippinen

Die Philippinen haben 1990 als bisher einziges Land Asiens den Import von Giftmüll verboten. Ein ausreichender Schutz ist dies offenbar nicht. Im September flog ein Kupferschmelzer aus Hamburg bei dem Versuch auf, in den Philippinen 50 Tonnen Kupferschlamm loszuwerden. Aus Deutschland werde außerdem Computerschrott in die Philippinen exportiert, der in Deutschland als Sondermüll entsorgt werden müßte, so die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Jede Woche werde Plastikmüll aus den USA, Australien, Kanada, Großbritannien und Deutschland unter dem Vorwand des Recyclings in die Philippinen verschifft. Von 1990 bis 1993 seien 64.385 Tonnen Giftmüll in die Philippinen exportiert worden. Aufgrund einer Gesetzeslücke in der internationalen Konvention von Basel, die Giftmülltransfer verbietet, würden schadstoffbelastete Abfälle einfach als harmlose, wiederaufzubereitende Substanzen deklariert und auf asiatische Deponien gebracht, erklärte Simon Davecha, Giftmüllspezialist von Greenpeace.

vgl. Greenpeace Jan. 1994; AP 18.2.; EPD 2.2.; GL 2.3.; IPS 12.2., vgl. 18.2.; PDI 19.2.; Reuter 2.3., 4.3.

Neuer Gewerkschaftsverband

Am 19. März soll mit der "National Confederation of Labor" (NCL) ein neuer Gewerkschaftsverband gegründet werden. NCL wird sich aus den Gewerkschaften "National Federation of Labor Unions" (NAFLU), "National Federation of Labor" (NFL), "February Six Movement" (FSM), "Union of Filipino Service Workers" (UFSW), "Kaisahan Manggagawang Pilipino" (KAMPIL),

"United Workers of the Philippines" (UWP) und "United Independent Labour Union of the Philippines" (UNILOP) zusammensetzen. Ihnen gehören nach Angaben des NCL-Vorbereitungskomitees 100.000 ArbeiterInnen an. NFL, NAFLU und UWP gehörten bis zu dessen Spaltung im letzten September zum linken Dachverband KMU.

NCL 11.2.; PDI 13.2.

CPP-Führer verhaftet

Am 10. Januar wurde Arturo Tabara, der vermutliche Vorsitzende der oppositionellen Visayas-Kommission der Kommunistischen Partei (CPP) bei Bacolod City in Negros verhaftet. Mit Tabara gerieten drei andere mutmaßliche Untergrundführer in die Fänge des Militärs. Auf Tabaras Kopf hatte die Regierung eine Prämie von einer Million Peso ausgesetzt. Die Visayas-Kommission hatte sich im Oktober für autonom von der offiziellen Parteiführung unter Amando Liwanag erklärt. Diese kündigte darauf im Dezember an, Tabara wegen Verrats vor ein sogenanntes "Volkstribunal" zu stellen. CPP-Gründer Jose Maria Sison bezeichnete die Verhaftung von Tabara als "inszeniert".

AP 10.1.; PDI 11.1., 12.1.; PNF 10.1.

Ehemaliger Guerillaführer ermordet

Vicente Martinez, amnestierter Guerillaführer der New People's Army von der Insel Samar, ist am 2. Januar in einem Vorort von Manila von drei Unbekannten erschossen worden. Die Täter hatten sich als Polizisten ausgegeben. Der Mord an dem ehemaligen Guerillaführer, der zuletzt für eine Entwicklungsorganisation Bauern organisierte, hat die Befürchtungen über eine gewaltsame Eskalation des Konfliktes innerhalb des linken Untergrundes verstärkt. Obwohl die zerstrittenen Fraktionen der CPP dem Militär die Hauptschuld am Mord gaben, machten sie sich gegenseitig mitverantwortlich. vgl. PDI 6., 8., 9.1.; MC 8.1.; PNF 10.1., WPS 7.1.

- Anzeige -

CPP: Weitere Autonomieerklärung

Am 17. Dezember hat die europäische Regionalorganisation der Kommunistischen Partei (CPP) ihre Autonomie von der offiziellen Parteiführung erklärt. Damit folgte die CPP-Europa anderen Gruppierungen der zerstrittenen Partei. In einer "Utrechter Erklärung" heißt es, die illegale und autoritäre Führung von Armando Liwanag werde nicht anerkannt. Die CPP-Europa will am Programm der Nationalen Demokratischen Front festhalten und tritt für eine pluralistische Demokratie und eine gemischte Wirtschaftsform ein.

vgl. DI 19.12.; PLU 1.1.

Neu!



philippinenbüro (ed.)

A Look at Germany

Ein englischsprachiges Buch über Deutschland für politisch interessierte BesucherInnen aus sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen u.ä.

Content:

- Germany - a background (Geographic and demographic facts, political system and parties, interests groups (Churches, Trade Unions))
- A look into recent history - From division to unification (FRG and GDR, unification-process, unified Germany in crisis, the rise of reactionism)
- Social Movements (International solidarity, environmental-, women's-, peace movement)
- Basic informations for visitors

105 pages with photos, paperback, price DM 15,-

philippinenbüro

Postfach 250408. 50520 Köln
Tel.: 0221-324506 Fax: 0221-326846